

BÜRGERVEREINIGUNG GEGEN DIE STARTBAHNVERLÄNGERUNG KIEL-HOLTENAU E.V.

Altenholz, den 23. Mai 2005

Pressemitteilung

Dramatische Wende im Ausbaustreit um Holtenau - die Ausbauplaner stehen vor einem Desaster

Nachdem immer neue Gutachten und Planungsphasen zu immensen Kosten in Auftrag gegeben wurden, weiß jetzt keiner mehr, wo es lang geht. Der Grund: Ein brisanter Brief aus dem Verteidigungsministerium macht die bisherigen Planungen praktisch zur Makulatur.

Hintergrund dafür ist, dass ATR-Turboprop-Maschinen bereits heute bei Landungen aus östlicher Richtung einen kleinen Teil des Nato-Schießgebietes Todendorf/Putlos streifen. Im Hinblick auf die damit verbundenen Einschränkungen der Schießtätigkeit erteilte die Bundeswehr eine Ausnahmegenehmigung. Die nach einer Startbahnverlängerung vorgesehenen Regionaljets benötigen aber einen größeren Kurvenradius und müssen deshalb einen wesentlich größeren Bereich des Flugbeschränkungsgebiets durchfliegen. Die Frage, ob die Bundeswehr dafür eine erweiterte Überfluggenehmigung erteilen wird, wurde auch seitens der Bürgervereinigung immer wieder gestellt, bisher jedoch nie geklärt.

Jetzt hat die Oberbürgermeisterin beim Bundesministerium der Verteidigung angefragt, ob nach einer Startbahnverlängerung auch Regionaljets das Sperrgebiet bei Putlos durchfliegen können.

Die Antwort vom 11. Mai 2005 ist eindeutig:

***„ Weitere Einschränkungen sind im Interesse der Ausbildungsziele
der Bundeswehr nicht hinnehmbar.“***

Frank Schmidt, Vorsitzender der Bürgervereinigung: „Das bedeutet im Klartext, dass alle bisherigen Planungsunterlagen hinfällig sind. Um einen östlichen Landeanflug von Jets zu ermöglichen, müsste in Holtenau eine völlig neue Start- und Landebahn geplant werden, die das Sperrgebiet Putlos nicht mehr tangiert. Dies würde den bisherigen Kostenrahmen auch bei noch so optimistischen Annahmen dramatisch sprengen. Mit der Nachricht aus dem Verteidigungsministerium ist das Ausbauprojekt somit endgültig gescheitert.

Es grenzt an vorsätzliche Steuergeldverschwendung, wenn jetzt noch weitere Aufträge an die Fa. Obermeyer erteilt werden würden. Die Kieler Ratsversammlung wäre gut beraten, wenn sie den darüber gerade gefassten Beschluss umgehend rückgängig machen würde. Unsere Forderung, keinen weiteren Cent für weitere Planungen zu verschleudern und umgehend aus dem Projekt auszusteigen, war jedenfalls noch nie so berechtigt, wie in der gegenwärtigen Situation.“

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an:

Frank Schmidt, Rüschkamp 11, 24161 Altenholz, Tel. 0431 32 14 19

Oder e-mail: fatasmidt@t-online.de